SPD NEWSLETTER
Aktuelles aus dem Kreisverband Stuttgart 2013 | Ausgabe 5

150 JAHRE SPD: GROSSES JUBILÄUMSPROGRAMM

Stuttgarter SPD führt „Geburtstagsprogramm“ zu 150 Jahren SPD-Geschichte fort: eigene Wanderausstellung, „Rote“ Stadtführungen, Foren der Ortsvereine, Gedenkaktionen und vieles mehr.

Am 3. Mai endete die Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung zu den 150 Jahren Geschichte der SPD, die seit dem 9. April im Rathaus gezeigt und von mehreren Forumsveranstaltungen begleitet worden ist. Fast gleichzeitig hat die Stuttgarter SPD in der AWO-Begegnungsstätte Ostendstraße eine eigene Wanderausstellung mit stärkerem „Stuttgart-Bezug“ eröffnet, die unter Federführung des Historikers und früheren Stuttgarter Kreisgeschäftsführers Dr. Peter Müller-Rockstroh zusammengestellt worden ist und bis Ende Juli in weiteren Stadtteilen gezeigt werden wird. Als nächste Station ist ab dem 22. Mai das Bürgerzentrum West an der Bebelstraße vorgesehen.

Die Stuttgarter SPD führt das Parteijubiläum in den kommenden Wochen mit einer Vielzahl weiterer Veranstaltungen und Aktionen fort. Neben der „eigenen“ Ausstellung sind mit mehreren Terminen eine Stadtführung durch die Innenstadt „Auf roten Spuren“ (erstmals am 15. Mai, Treffpunkt 18 Uhr am Marienplatz) vorgesehen, Filmdokumentationen und Zeitzeugengespräche mit ehemaligen Stadträten und Bürgermeistern, eine Veranstaltung der Jungsozialisten zur Erinnerung an die Bücherverbrennung der Nationalsozialisten am 14. Juni, Forums- und Gedenkveranstaltungen der Ortsvereine, zu denen auch weitere „sozialdemokratische Stadtrundgänge“ in mehreren Stadtbezirken gehören, und einiges mehr. Das Gesamtprogramm findet sich, laufend aktualisiert, auch auf der Webseite der Stuttgarter SPD (www.spd-stuttgart.de); zu den einzelnen Veranstaltungen wird jeweils gesondert eingeladen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD feiert dieses Jahr ihr 150-jähriges Jubiläum. Und die SPD Stuttgart feiert mit. Ich finde es toll, dass die Ortsvereine zahlreiche Veranstaltungen, Führungen oder Begehungen durchführen. Auf unserem Sommerfest, das am 14. Juli auf dem Berger Zeltplatz stattfinden wird, feiern wir ebenfalls unser Jubiläum. Wir konnten als Hauptredner Gernot Erler gewinnen. Er ist Spitzenkandidat der baden-württembergischen SPD zur Bundestagswahl. Mehr Infos folgen.

Der Bundestagswahlkampf hat Fahrt aufgenommen. Unsere beiden Kandidierenden Ute Vogt und Nicolas Schäfstoß sind schon mächtig auf Touren – wortwörtlich und im übertragenen Sinn. Sie führen Hausbesuche durch, besuchen diverse Feste und organisieren eigenständige Veranstaltungen. Die Ortsvereine unterstützen tatkräftig. Nach den Sommerferien folgt der Schlussspurt und die SPD ist mit ihren beiden Kandidierenden gut gewappnet. Ich freue mich auf einen tollen Wahlkampf und eine erfolgreiche Schlussphase. Helft dabei mit und meldet Euch an auf www.mitmachen.spd.de

Solidarische Grüße
Euer

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

MIT ULLA SCHMIDT BEI DER STUTTGARTER LEBENSHILFE

„Dich kenne ich aus dem Fernsehen“, mit diesem begeisterten Ausruf wurde unsere Bundestagskollegin Ulla Schmidt diese Woche in den Werkstätten der Stuttgarter Lebenshilfe am Löwentor empfangen. Die ehemalige Gesundheitsministerin ist im Ehrenamt Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und hat ihren Antrittsbesuch beim Landesverband zu einem vor-Ort-Termin zusammen mit Ute Kumpf und Ute Vogt genutzt. Es gab spannende Einblicke in die vielseitige Arbeit der Werkstatt. Nicht nur die Fertigung von Kerzen und dazugehörige Tonbehälter, auch Ventile für Daimler werden montiert oder Kugeln aus einer Großserie Kugellager ausgetauscht. An jedem Arbeitsplatz gibt es individuelle Hilfen und einige dieser Arbeitsplätze könnten genauso gut auch außerhalb der Werkstatt in einer Firma angesiedelt sein. Nach wie vor gibt es große Hemmschwellen von Seiten der Unternehmen bzw. große Unwissenheit über den Umgang mit Menschen mit Behinderung. Inklusion wollen zwar viele, aber die praktische Umsetzung geht nur schleppend voran. Jede Arbeitsstätte außerhalb der Werkstätten wird zusätzlich betreut. Ob Hausmeisterdienst in einem 6-Familienhaus, Hilfe auf der Jugendfarm oder gleich mehrere Plätze an einer Montageinsel in einer mittelständischen Firma – Einsatzmöglichkeiten gibt es vielfach. Mit etwas gutem Willen, Aufgeschlossenheit und der Bereitschaft die Arbeitsabläufe anzupassen ließen sich sicher weit mehr Arbeitsangebote schaffen. Zu befürchten ist allerdings, dass dies in Deutschland noch eine Weile dauert. Sind wir es bislang doch gewohnt in getrennten Welten zu leben, zur Schule zu gehen und zu arbeiten. Wenn Inklusion von Kind an selbstverständlich wird und unsere Kindergärten und Schulen für alle gleichermaßen offen stehen, dann wird sich dieses selbstverständliche Zusammenwirken mit Sicherheit auch in der Arbeitswelt leichter fortsetzen lassen. Bis dahin gibt es noch einiges zu tun und wir haben als nächsten Schritt einen weiteren Besuch, dann mit unserer Sozialministerin Katrin Altpeter, in Planung.

Ute Kumpf, Ulla Schmidt und Ute Vogt

UNIONSFRAUEN FALLEN FRAUEN IN DEN RÜCKEN

Anlässlich der Ablehnung aller gesetzlichen Initiativen für die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen erklärt die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Ute Kumpf :
Ich bin enttäuscht von den Unionsfrauen. Wenn es nichts kostet, unterschreiben Unionsfrauen wie meine Stuttgarter CDU-Kollegin Karin Maag die Berliner Erklärung. Wenn es aber um konkrete gleichstellungspolitische Fortschritte geht, stehen sie nicht zu ihren Positionen und fallen mit ihrem „Nein“ zur Quote den Frauen in den Rücken. Bei der Abstimmung wird deutlich, Angela Merkel, erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, lässt die am besten ausgebildete Frauengeneration im Regen stehen und Christdemokratinnen vom Format Rita Süssmuths, die zu ihrer Überzeugung auch bei Abstimmungen stehen, gibt es nicht mehr. Anders ist das NEIN der Union zu allen drei Vorschlägen für eine gesetzliche Frauenquote in Führungsgremien der Wirtschaft nicht zu erklären. Wer endlich mehr Frauen in die Top-Positionen der Wirtschaft bringen will, hätte mindestens dem Hamburger SPD-Vorschlag zustimmen müssen. Aber auch die beiden CDU-Ministerpräsidentinnen, die im Bundesrat dem Hamburger Gesetzentwurf noch zugestimmt haben, gehen auf Tauchstation. Damit leistet die Union einen gleichstellungspolitischen Offenbarungseid. Union und FDP wollen einfach keine Verbesserungen für Frauen und zementieren damit die gläserne Decke. Statt endlich zu handeln, trickst die Bundeskanzlerin Merkel die angeblichen Quotenbefürworterinnen in den eigenen Reihen mit einem Wahlversprechen aus, für das die FDP auch in der nächsten Koalition nicht zur Verfügung steht. Darauf bauen auch die Quotengegner in der Union. Moderne Gleichstellungspolitik sieht anders aus. Schon vor zwölf Jahren habe ich mich gegen die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaftsunternehmen ausgesprochen. Die Unternehmen haben ihr Versprechen nicht gehalten. Die Selbstverpflichtung hat keinen Fortschritt für die Frauen gebracht, deshalb brauchen wir eine gesetzlich festgelegte Quote. Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion „Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wirtschaftsunternehmen“ (Bundestagsdrucksache 17/8878) sieht eine Geschlechterquote für Aufsichtsräte und Vorstände vor. Ab 2013 eine Mindestquote von 30 Prozent für Aufsichtsräte; Vorstände 20 Prozent) und ab 2015 40 Prozent für Aufsichtsräte und Vorstände.

NEUES AUS DEM GEMEINDERAT

EINEN SICHEREN FERNSEHTURM WIEDER ÖFFNEN

Man dachte ja schon an einen verfrühten Aprilscherz, als die Meldung der sofortigen Sperrung unseres Wahrzeichens durch die Medien verbreitet wurde. Ungläubigkeit und Unverständnis sind die bestürzten Reaktionen bis heute. Jetzt hat sich die erste Aufregung gelegt und die Fakten erscheinen klarer. Unser Fernsehturm, der in den letzten 57 Jahren von 27 Millionen (!) Besuchern unfallfrei besucht wurde, hat keinen vorgeschriebenen zweiten Rettungsweg, ja nicht einmal der erste Rettungsweg über die Nottreppe ist ausreichend! Zu dieser neuen Einschätzung kamen die Verwaltungs- und Brandexperten der Stadt. Dem OB blieb aus Haftungsgründen kein Spielraum mehr. Und es war mutig von allen Beteiligten, sich so der Verantwortung und der zu erwartenden heftigen Kritik stellen.

Dass die Kommunikation insgesamt nicht optimal ist, wenn direkt Betroffene den Verlust des Arbeitsplatzes erst durch die Zeitung erfahren, ändert aber nichts an der betrüblichen Schließungsnotwendigkeit.
Die SPD steht für einen sicheren Fernsehturm und wird alles unterstützen, was mit Vernunft und Augenmaß zu einer baldigen Wiedereröffnung führt.

ZU FUSS UNTERWEGS: FUSSGÄNGER SIND WICHTIGE VERKEHRSTEILNEHMER

Die Schulstraße war Deutschlands erste Fußgängerzone. Trotz dieser Pioniertat aber wurde der Fußgängerverkehr in Stuttgart in den folgenden Jahrzehnten sträflich vernachlässigt. Schon lange arbeitet die SPD daran, dass Fußgänger endlich wieder ernst genommen werden. Immerhin legen die Stuttgarterinnen und Stuttgarter ein Viertel ihrer Wege zu Fuß zurück.
Nun hat die Stadt im Zuge eines Wettbewerbs Bundesfördermittel für ihren Projektvorschlag „Besser zu Fuß unterwegs“ gewonnen. Als Ergebnis finden Stadtspaziergänge statt, um Hindernisse für Fußgänger aufzuspüren.
Doch Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit allein hilft den Fußgängern nicht weiter. Die SPD erwartet reale Verbesserungen. Deshalb haben wir beantragt, dass die schon längst bekannten und alle neu gefundenen Problemstellen für Fußgänger nun auch der Reihe nach entschärft und umgestaltet werden. Und dass erheblich mehr sichere Querungsmöglichkeiten von viel befahrenen Straßen geschaffen werden.
Für die SPD sind Fußgänger wichtige Verkehrsteilnehmer. Es ist Zeit, dass in der Autostadt Stuttgart mehr für Fußgänger getan wird.

KOMBITICKET ERWÜNSCHT: AUCH FÜR WILHELMA UND MINERAL-/BÄDER

Die ersten Sonnenstrahlen locken Familien in die Wilhelma – vor allem natürlich am Wochenende. Also werden Kind und Kegel ohne Überlegung ins Auto gepackt und auf geht‘s, bis zur Warteschlange vor dem Wilhelma-Parkhaus. Denn bereits am Sonntagvormittag ist der Run auf den Zoologisch-Botanischen Garten der Landeshauptstadt groß. Eine Viertelstunde Wartezeit muss man jedes Mal mindestens einplanen, klärt ein Besucher auf. Das Wort KombiTicket ist für die Kartenverkäuferin an der Kasse ein Fremdwort. War da aber nicht was mit weniger Autos auf den Straßen in Stuttgart? Warum nicht neben einem KombiTicket Kunst und Kultur, KombiTicket Messen, KombiTicket Sport auch ein KombiTicket Wilhelma? „Das heißt, ich erwerbe mit der Eintrittskarte auch die Fahrkarte für den öffentlichen Personennahverkehr entweder online von der Wilhelma oder beispielsweise im SSB Shop“, erklärt Stadträtin Monika Wüst. „In Zürich hat sich das Kombitikket für den Zoobesuch bewährt.“
Aber auch ein KombiTicket Bäder würde Stuttgart gut zu Gesicht stehen.
Deshalb haben wir kürzlich die Verwaltung per Antrag aufgefordert, mit SSB und Wilhelma die Realisierung von Kombitickets zu prüfen.

JUGEND STÄRKER BETEILIGEN: CHANCE UND NOTWENDIGKEIT ZUGLEICH

Dieser Tage hat die grün-rote Regierungskoalition im Land eine stärkere politische Beteiligung von Jugendlichen auf den Weg gebracht. Junge Menschen werden nun frühzeitiger in demokratische Entscheidungsprozesse eingebunden. Die SPD begrüßt dies ausdrücklich. Die erweiterte Teilhabe junger Menschen ist gerade in Zeiten viel beschworener Politikverdrossenheit Chance und Notwendigkeit zugleich. So wird insbesondere das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre abgesenkt. Um diese Absenkung aber schon 2014 zu einem Erfolg zu machen, bedarf es noch einiger Anstrengungen. Wir brauchen ein Mobilisierungskonzept speziell für Jugendliche. Neben den Institutionen auf Landesebene sollen dabei alle Fachämter, die Schulen sowie die in Stuttgart tätigen Träger in diesem Bereich einbezogen werden. Außerdem wollen wir auf unsere langjährige und erfolgreiche Tradition von Jugendräten aufbauen. Wir wollen, dass künftig Vertreter des AK Jugendrat in Sitzungen des Gemeinderats mit Anhörungsrecht teilnehmen können und ihnen ein Vorschlagsrecht eingeräumt wird. Wir nehmen Jugendliche, ihre Anliegen und ihre Interessen sehr ernst!

NEUES AUS DEM GEMEINDERAT

AUFWIND FÜR WOHNUNGSPOLITIK: UNSERE ZIELE FINDEN GEHÖR

Ende letzten Jahres haben wir eine Wohnungsbauoffensive für Stuttgart mit 15 Punkten beantragt. Am vergangenen Freitag gab es nun hierzu erste Antworten von Oberbürgermeister Fritz Kuhn. Auch für ihn ist es eine „elementare Frage sozialer Gerechtigkeit, Wohnraum zur Verfügung zu stellen."
Im Herbst will er, wie von uns gefordert, ein Handlungskonzept vorlegen, wie man zu mehr, und vor allem bezahlbarem Wohnraum kommt. „Das Ziel der SPD ist, 1.800 Wohnungen pro Jahr - davon 600 gefördert - zu schaffen", erklärt unsere wohnungspolitische Sprecherin Monika Wüst. Dies wird nur gelingen, wenn die Stadt auch geeignete Grundstücke für Wohnungsbau aufkauft. Das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell (SIM) greift und wird fortgesetzt. Wie die SWSG aber den Spagat zwischen mehr sozialem Wohnraum einerseits und Wirtschaftlichkeit andererseits erzielen soll, blieb offen. Hinsichtlich unserer Anträge bezüglich Zweckentfremdungsverbot und Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen sind, so OB Kuhn, „die Briefe an das Land raus". Dagegen nimmt sich der OB für die Entscheidung, über ein neues Wohnungsamt leider noch Zeit. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

ÜBERSICHT: DIE ANTRÄGE DER SPD-GEMEINDERATSFRAKTION IM APRIL

19. April 2013:
Konkrete Verbesserungen für Fußgänger Die Fußgängerfreundlichkeit in Stuttgart muss erhöht werden. Wir fordern eine Übersicht der Stadtverwaltung zu den Haushaltsberatungen, welche Maßnahmen am sinnvollsten und dringlichsten wären.

10. April 2013:
Auf dem Weg, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen:
"Auch wer nicht sprechen kann, hat viel zu sagen..." In Stuttgart soll zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den nächsten Monaten ein Aktionsplan entstehen. Wir wollen wissen, wie es um die Verbreitung unterstützter Kommunikation in den einzelnen Fachbereichen bestellt ist.

5. April 2013:
Auf dem Weg, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen:
Begleitete Elternschaft – in Stuttgart (k)ein Thema? Wir wollen wissen, welche Modelle es für eine begleitete Elternschaft bundesweit gibt und wie hierzu der Stand in Stuttgart ist.

4. April 2013:
"Konzern Landeshauptstadt Stuttgart" – GUTE ARBEIT ohne prekäre Arbeitsverhältnisse Wie sind die Beschäftigungsverhältnisse bei der Stadt Stuttgart? Wir beantragen eine lückenlose und detaillierte Bestandsaufnahme sog. prekärer Arbeitsverhältnisse im Konzern Stadt Stuttgart.

22. März 2013:
KombiTicket für Wilhelma und Mineral-/Bäder Wir beantragen, dass die Verwaltung mit SSB, Wilhelma und den Bäderbetrieben die Realisierung von KombiTickets (Eintrittskarte inkl. Fahrkarte) prüft.

Fraktionsübergreifender Anträge mit SPD-Beteiligung:

15. April 2013
Ausübung von Vorkaufsrechten im Leonhardsviertel
-> In Kürze abzurufen unter www.stadtwaerts-spd.de/antraege-spd/

15. März 2013
Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Stuttgart

NEUES AUS DEM KREIS

1. MAI MIT NICOLAS SCHÄFSTOSS

Der SPD-Bundestagskandidat Nicolas Schäfstoß besuchte am 1. Mai als Hauptredner die Waldheime Raichberg und Zuffenhausen. Bei angenehmen 16 Grad konnte Nicolas Schäfstoß mit einer sehr inhaltlichen Rede die anwesenden Gäste sein „Modell des solidarischen Zusammenhalts“ vorstellen. Dabei streifte er vor den gut 65 Gästen im Waldheim Raichberg und über 100 Zuhörern in Zuffenhausen wesentliche Themen, die die Gesellschaft betreffen. Klare Kante zeigte er unteranderem gegenüber dem Rassismus: „Nazis, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen bei uns keinen Platz haben – nicht im Betrieb, nicht in der Familie, in unserem Freundes- und Bekanntenkreis, nirgendwo in der Gesellschaft. Und gerade deshalb ist es ein unerhörter Skandal, dass selbst nach Aufdeckung der NSU-Mordserie eine Partei wie die NPD ungestört mit Hilfe unserer Steuergelder weiter hetzen darf. Sie muss endlich verboten werden.“

Nicolas Schäfstoß im SPD-Waldheim

Insbesondere die Arbeitsmarkt war der Schwerpunkt seiner Rede: CDU/CSU und FDP verstehen den Wert der Arbeit nicht. Für sie sei Arbeit vor allem ein Kostenfaktor, nur eine Ziffer, die man möglichst klein halten muss. Aber das ist sei völlig falsches Verständnis der sozialen Marktwirtschaft, die mit dem Versprechen angetreten ist, alle am Wohlstand teilhaben zu lassen. Und es ist auch ein mangelndes Verständnis von der Würde des Menschen. Schäfstoß skizziert seinen Wert der Arbeit mit klaren Worten: „Unsere Gesellschaft und auch das Selbstverständnis der Sozialdemokratie sind auf Arbeit gegründet. Arbeit ist für die meisten mehr als nur ein Job, sondern ein Beruf. Ein Beruf, der eine lange Ausbildung erfordert. Und mit einem Beruf verdient man nicht nur Geld, er stiftet Identität. Für die allermeisten Menschen bedeutet Arbeit eben nicht nur Broterwerb. Arbeit bedeutet auch, am Leben teilzunehmen, mitten in der Gesellschaft. Arbeit ist Selbstbestimmung und Anerkennung.“ Deshalb tritt die SPD für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt an: Die SPD sagt nicht: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, sondern: Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man anständig leben kann und die nicht geradewegs in die Altersarmut führt! Dies umfasst einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde. Zur neuen, gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört auch die Einschränkung von befristeten Arbeitsverträgen. „Zudem gehört sachgrundlose Befristung nicht reguliert, sie gehört sofort abgeschafft!“ fordert Nicolas Schäfstoß. Zur Leiharbeit und Werkverträgen formuliert der Bundestagskandidat klare Vorstellungen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ohne Ausnahme, mehr Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte in den Einsatzbetrieben, Verbot befristeter Verträge beim Leiharbeitsunternehmen und eine strikte Begrenzung der Entleihdauer.

NEUE „ANERKENNUNGSKULTUR“ FÜR ERZIEHERBERUFE GEFORDERT

Bessere materielle Bedingungen für Erzieherinnen und Erzieher und fehlende Betreuungsplätze für Kinder standen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion zur Familien- und Bildungspolitik der SPD am vergangenen Freitag im Gemeindezentrum St. Thomas in Steinhaldenfeld.

Zunächst hatte Günter Roder, der Vorsitzende der Siedlergemeinschaft Steinhaldenfeld, die attraktiven Lebensbedingungen im Viertel gepriesen, die auch zu stetem Zuzug führten. In diesem Zusammenhang betonte er die Notwendigkeit von mehr Ganztagesangeboten in Stuttgart. Die berufstätige Mutter Nese Tasdoegen schilderte anschließend sehr anschaulich ihre Odyssee bei der Suche nach Betreuungsmöglichkeiten für ihre beiden Kinder. Stadträtin Marita Gröger kennt das Problem seit langem und auch aus eigenem Erleben. Mittlerweile jedoch, gab sie zu bedenken, gäbe es in Stuttgart keinen ideologischen Streit mehr um „Kinderbetreuung ja oder nein“. Alle relevanten politischen Kräfte zögen heute an einem Strang, und so könnten demnächst alle Schulen, die dies wollten, Ganztagsschulen werden.

Den Bogen zur Bundespolitik schlug Nicolas Schäfstoß, der im September für die SPD in den Bundestag einziehen will. Das deutsche Bildungssystem, gab er zu bedenken, sei im Vergleich zu anderen OECD-Ländern dramatisch unterfinanziert. Auf der anderen Seite erforderten andere und buntere Lebensentwürfe, er nannte die zahlreichen Alleinerziehenden, neue poltische Antworten. Schäfstoß will das vom Bundestag beschlossene Betreuungsgeld wieder abschaffen, die Einnahmen des Staates verbessern, um in Bildung investieren zu können, das Recht auf Teilzeitarbeit einführen und das Ehegattensplitting abschaffen, dafür das Kindergeld sozial staffeln und das „Kooperationsverbot“ lockern, dass es dem Bund verwehre, aktiv in die Bildungspolitik einzugreifen.

Ein zentrales Thema in der Diskussion mit dem sehr engagierten und sachkundigen Publikum war abschließend die Frage, wie dem bereits real existierendem Mangel an Erzieherinnen und Erziehern abzuhelfen sei. Hier sei, so wurde u.a. von Nicolas Schäfstoß betont, nicht nur bessere Entlohnung angezeigt, sondern vor allem mehr Phantasie gefragt. Neben Maßnahmen wie einer „Ballungsraumzulage“ oder der Bereitstellung städtischer Wohnungen für diese Personengruppe müsse am Ende, da waren sich Podium und Diskussionsteilnehmer einig, eine andere und neue „Anerkennungskultur“ für Erzieherberufe stehen.

AUS DER PARTEI

JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

Es ist eine kleine hochschulpolitische Revolution: Grün-rot hat die Abschaffung der Verfassten Studierendenschaft von Filbinger rückgängig gemacht und gibt den Studierenden die Rechte, die sie auch in 14 anderen Bundesländern (die letzte Ausnahme ist Bayern) haben. So hat die Studierendenschaft nun wieder Satzungs- und Finanzhoheit und kann als Körperschaft öffentlichen Rechts sich für die Interessen der Studierenden einsetzen, was bisher nur sehr eingeschränkt möglich war.
Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft macht sich auch nun vor Ort an der Uni Stuttgart bemerkbar. Am 14. und 15. Mai sind die Wahlen zum ersten Mal wieder auch zum Studierendenparlament. Dabei tritt auch die Juso-Hochschulgruppe (HSG) gegen die bisher dominierende Fachschaftsliste und eine neue, burschenschaftliche Liste als einzige politische Hochschulgruppe an. Die Grundlagen dazu wurden auf einem „Kickstarterwochenende“ (Großer Dank für die finanzielle Unterstützung geht an die OV Plieningen und Vahihingen sowie Ute Vogt!) gelegt.

Mit ihrem Spitzenkandidat Patrick Gädke möchte sich die Hochschulgruppe besonders für gleiche Zugangschancen zum Studium, ein besseres Semesterticket, mehr Mitteln für die Lehre, eine bessere Studienberatung und Betreuung sowie den vollen Erhalt der Geisteswissenschaften an der Uni einsetzen.

Termine

Kreisdelegierten-konferenzen 2013

Mitgliederöffentlich

15. Juli 2013, 18 Uhr
30. September 2013, 18 Uhr

Aktuelle Infos im Internet:

spd-stuttgart.de

twitter.com/spdo711

facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebekka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart, Tobias Haubensak, Manuel Vowinkel

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste.
Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de